

PROTOKOLL

28. Sitzung des Gemeinderates vom Mittwoch, 11. Juli 2018 um 19.30 Uhr im Gemeindesitzungssaal

Anwesend:

Bgm. MMag. Monika Wechselberger
Bgm-Stv. Franz Eberharter
MGR Franz-Josef Eberharter, BA
MGR Heidi Lassnig
MGR Wolfgang Höllwarth
MGR Susanne Kröll
MGR Renate Huber-Rahm
MGR Hans Jörg Moigg
MGR Johannes Valentin, BA
MGR Johann Georg Geisler
MGR Markus Bair
MGR Hansjörg Geisler
MGR-EM Christian Thanner (für MGR Notburga Huber)
MGR-EM Petra Volgger (für MGR Tina Kröll)
MGR-EM Reinhard Gröblacher (für MGR Markus Freund)

Schriftführer:

Amtsleiter Dr. Wolfgang Stöckl

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch die Bürgermeisterin, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung Protokoll 27. Gemeinderatssitzung vom 13. Juni 2018
3. Genehmigung Protokoll 8. Sitzung Ausschuss für Bildung und Familie vom 11. Juni 2018
4. Genehmigung Protokoll 16. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung und Dorfentwicklung vom 26. Juni 2018
5. Genehmigung Protokoll 10. Sitzung Prüfungsausschuss gem. § 109 TGO vom 15. Juni 2018
6. Erlassung eines Bebauungsplanes im Bereich Dornau; gem. Entwurf vom 26. Juni 2018, GZ. 2018-03
7. Neuerlassung eines Bebauungsplanes im Bereich - Brandbergstraße, Simon Kröll Entwurf vom 02.07.2018

8. Verkehrsregelnde Maßnahmen Ahornstraße - Bereich Ladezone Perauer
9. Beratung / Beschlussfassung über die Anhebung der Bearbeitungsgebühr Gemeindepolizei bei privatwirtschaftlich betriebenen Parkplätzen der Gemeinde
10. Formelle Beschlussfassung über Einhebung Parkentgelt für den zentralen Busparkplatz beim Altenheim / Sozialzentrum
11. Dienstbarkeitsvertrag Gemeinde mit Fa. Josef Moigg Invest GmbH wegen Durchgangsrecht Hauptstraße - Sozialzentrum und Tiefgaragenmitbenützung
12. Dienstbarkeitsvertrag Gemeinde mit Zillerregulierungsgenossenschaft in Sache öffentliche Straßenbenützung Zillerlände
13. Berichte Bürgermeisterin, Anträge, Anfragen, Allfälliges (§ 35 Abs. 4 TGO)

1) Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch die Bürgermeisterin, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Die Bürgermeisterin eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Gegen die Tagesordnung wird kein Einwand vorgebracht.

Aufgelegt ist die „Neue Mayrhofner Schülerzeitung“ der NMS (Ausgabe Juni 2018) und die Gemeinderatsmitglieder werden von der Bürgermeisterin unter Verweis auf Seite 39 herzlich eingeladen, mit beiliegendem Erlagschein eine kleine Unterstützung zu geben.

2) Genehmigung Protokoll 27. Gemeinderatssitzung vom 13. Juni 2018

Zu Seite 525 / Mitte des Protokolls (**HTL-Matura-Projekt über „Altes Schulhaus“**) erkundigt sich MGR Hansjörg Geisler nach dem weiteren Vorgehen, worauf die Bürgermeisterin vorschlägt, eine Prioritätenliste heranstehender Projekte zu erstellen, wobei sie der Renovierung vom „Alten Schulhaus“ wegen der zentralen Lage und des schönen Platzes eine hohe Bedeutung beimisst.

Zu Seite 526 / 1. Absatz des Protokolls (**Schützen-Alpenregionstreffen**) stellt MGR Hansjörg Geisler die Anfrage, ob die Endabrechnung zwischenzeitlich vorliegt, was von der Vorsitzenden mit der Bemerkung verneint wird, dass einige Rechnungen noch nicht endgültig vorliegen.

Zu Seite 527 / Mitte des Protokolls (**Erhebung gemeindeeigener Liegenschaften**) erklärt MGR Wolfgang Höllwarth auf die Anfrage von MGR Hansjörg Geisler, welche Daten von Immobilien der Gemeinde bereits vorhanden sind, dass das Bauamt jetzt das vorhandene Rohgerüst mit Daten befüllt.

Auf Anfrage von GV Markus Bair, weshalb der Beschluss zu Tagesordnungspunkt 3.1 nicht im Gemeinderatsprotokoll vom 13. Juni 2018 aufgenommen wurde, erklärt Schriftführer Dr. Stöckl, keinen formellen Beschluss wahrgenommen zu haben, was von Bgm. MMag. Monika Wechselberger mit der Ergänzung bestätigt wird, dieses Thema in der Gemeinderatssitzung am 12. September 2018 noch einmal auf die Tagesordnung zu bringen und sodann eine Abstimmung herbeizuführen.

Zu Seite 532 / vorletzter Absatz (**Projekt neuer Bahnhof**) stellt GV Moigg die Anfrage, ob der Architektenwettbewerb auch die geplante Tiefgarage umfasst, worauf GV Bair die Garage nicht als in den Wettbewerb einbezogen sieht und Bgm-Stellv. Eberharter schon die Meinung vertritt, diese werde in der Architektenaus-schreibung Berücksichtigung finden.

Zu Seite 535 / erster Absatz (**Zahlenentwicklung „Heimatstimme“**) stellt MGR Höllwarth die Anfrage an die Bürgermeisterin, ob es richtig sei, dass eine Mitarbeiterin der Gemeindekasse von ihr „gerügt“ worden sei, weil sie ihm Zahlen aus der jüngeren Entwicklung der „Heimatstimme“ genannt habe, worauf die Vorsitzende dies in Abrede stellt und von einem „Missverständnis“ spricht. In der Sache stellt die Bürgermeisterin nach ihrer heutigen Besprechung mit der Kassenleiterin fest, der nachweisbare Abgang im 1. Halbjahr 2018 betrage gerundet € 22.000,-- und solle daher nicht von MGR Höllwarth dramatisiert werden, worauf Höllwarth appelliert, diese Entwicklung der „Heimatstimmennzahlen“ mögen von der Bürgermeisterin erst genommen und sensibel beobachtet werden.

Weiters habe er die Kontoblätter genau analysiert und es sind Positionen nicht angesetzt, welche der „Heimatstimme“ zuzuordnen sind, wie z.B. die zusätzliche Personalanstellung, worauf Bgm-Stv. Eberharter feststellt, dass diese Zuordnungen im Personalbereich als Positionen in der „Heimatstimme“ erst zu Jahresende erfolgen.

MGR Höllwarth erklärt weiters, dass der von der Bürgermeisterin mit € 22.000,- - als Verlust 1. Halbjahr schon deshalb nicht stimmen können, weil die einfache Rechnung schon bei den Gestehungskosten gerundet € 1800,-- wöchentlich, das sind ca. € 94.000,-- pro Jahr, betragen und hinzugezählt die Einnahmeneinbußen bei den Inseraten im 1. Halbjahr 2018 gesamt einen höheren Verlust als die erwähnten € 22.000,-- betragen.

Daraufhin appelliert die Bürgermeisterin noch einmal, nicht nur zu beobachten und zu kritisieren, sondern gemeinsam hinter dem „Kulturerbe Heimatstimme“ zu stehen und konkrete Vorschläge einzubringen.

Momentan fühle sie sich in dieser Sache nicht ausreichend unterstützt und versuche ihrerseits, z.B. durch das Schreiben von Artikeln und Vermittlung von Inseraten und Ausbau der Anzahl von Verschleißern die „Heimatstimme“ zu fördern, was sie auch als „Verpflichtung gegenüber den Gründervätern“ sieht und nicht Gemeindemandatare die Konkurrenzzeitung unterstützen sollten, worauf MGR Höllwarth erklärt, die Firma „Cicero“ sei nicht von ihm gekündigt worden. Die Bürgermeisterin stellt daraufhin klar, dass sie nach der gesetzlichen Vorgabe des Vergaberechtes gehandelt habe.

Für GV Bair ist es verwunderlich, dass es Höllwarth als Steuerberater nicht gelingt, endgültige Zahlen für die „Heimatstimme“ zu nennen, obwohl für das Amtsblatt die Bilanz verfasst. So wurde von ihm in der letzten Gemeinderatssitzung beim voraussichtlichen Jahresverlust eine Schwankungsbreite von € 200.000,-- bis € 300.000,-- angegeben und in der heutigen Sitzung werden schon wieder ganz andere Zahlen genannt.

Daraufhin erklärt die Vorsitzende, die Sitzung befinde sich eigentlich im Stadium der Protokollgenehmigung und nicht in einem Tagesordnungspunkt „Heimatstimme“. Die Sache sei für sie heute abgeschlossen und sie könne anbieten, hiezu einen eigenen Tagesordnungspunkt in der September-Gemeinderatssitzung anzusetzen, wenn dies gewünscht wird.

Auf Anfrage der Vorsitzenden nach Änderungs- oder Ergänzungswünschen zum Gemeinderatsprotokoll des 13. Juni 2018 erfolgen keine Wortmeldungen mehr und es wird dieses genehmigt sowie gemäß § 46 (4) Tiroler Gemeindeordnung 2001 unterfertigt.

Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes ersucht Raumordnungsausschussobmann MGR Franz-Josef Eberharter, den Tagesordnungspunkt 4 zu vertagen, weil das Protokoll vom 26. Juni 2018 noch einen weiteren Teil enthält, der wegen Urlaubs des Bauamtsleiters noch nicht vorliegt.

3) Genehmigung Protokoll 8. Sitzung Ausschuss für Bildung und Familie vom 11. Juni 2018

Dieses Protokoll wurde bereits wegen der Dringlichkeit von Maßnahmen in der Gemeinderatssitzung vom 13. Juni 2018 in den wesentlichen Punkten behandelt, bedarf jedoch noch der formellen Genehmigung durch den Gemeinderat im vollen Inhalt.

Wegen Abwesenheit von Obfrau Tina Kröll trägt Stellvertreterin MGR Renate Huber-Rahm dieses Protokoll zusammengefasst vor mit dem Schwerpunkt im Rückblick auf den **„Rote-Nasen-Lauf“ am 29. Juni 2018.**

Diese Veranstaltung ist dank des Einsatzes von Tina Kröll und den zahlreichen Helfern, wie z.B. den Gemeinderäten MGR Heidi Lassnig und MGR Franz-Josef Eberharter, ein guter Erfolg geworden und hat 1.519,-- Euro für den wohltätigen Zweck erzielt, wobei die Verdoppelung dieses Betrages mangels Hauptsponsor leider entfallen ist, so MGR Huber-Rahm in ihrem Bericht, den sie mit der Bemerkung abschließt, dass die Teilnehmer der Polytechnischen Schule Zell sportlich besonders bemerkenswert waren und eine derartige Veranstaltung mit Sicherheit wiederholenswert sei.

Nach kurzem Hinweis auf den heute nachmittags stattgefundenen „Mama-Kaffee“ erfolgen keine Wortmeldungen mehr und die Bürgermeisterin dankt auch auf diesem Wege allen Organisatorinnen und Helfern für die tolle Abwicklung der Veranstaltung am 29. Juni.

4) Genehmigung Protokoll 16. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung und Dorfentwicklung vom 26. Juni 2018

Wie von MGR Franz-Josef Eberharter als zuständigem Obmann erwähnt, soll dieser Tagesordnungspunkt bis zur Gemeinderatssitzung am 12. September 2018 vertagt werden und der Gemeinderat gibt hierzu die Zustimmung.

5) Genehmigung Protokoll 10. Sitzung Überprüfungsausschuss gem. § 109 TGO vom 15. Juni 2018

Ausschussobmann GV Markus Bair trägt dieses Protokoll zusammengefasst vor.

Zu Tagesordnungspunkt 2 des Protokolls (**Laufende Kassengebarung und Belegprüfung**) stellte der Ausschuss keine Beanstandungen fest.

Bgm-Stv. Eberharter erkundigt sich nach dem Stand der Vorschreibung von Erschließungsbeiträgen, worauf die Bürgermeisterin bis zur nächsten Sitzung eine Aufstellung durch das Bauamt zusagt.

Zu Tagesordnungspunkt 3 des Protokolls (**Überstunden und Urlaubsstunden Gemeindearbeiter**) erklärt MGR Höllwarth, er war bei dieser Überprüfungsausschusssitzung zwar entschuldigt, habe jedoch einen Vergleich der Überstundenentwicklung zum 30.6. 2017 zum Ist-Zustand, wonach keine deutliche Tendenz

zur Verringerung des Überstundenguthabens zu verzeichnen ist. Weil das „Weiterschleppen“ von Stundenguthaben nicht im Interesse des Dienstgebers Gemeinde sein kann, spricht er sich für die Auszahlung eines Teiles der Überstunden aus und wird ein Rechenmodell vorlegen, wonach jeder der beteiligten Dienstnehmer – hievon auch 2 „Überstundenkönige“ in der Verwaltung – der Auszahlung eines Teils der Überstunden zustimmen können.

In weiterer Folge soll im Budget 2019 ein Budgetposten zur weiteren Überstundenabgeltung geschaffen werden.

Die Bürgermeisterin erwähnt im Zusammenhang mit den Überstunden der Gemeindearbeiter, dass die Großveranstaltung „Schützen-Alpenregionstreffen“ ein extremes Ausmaß an Überstunden verursacht hat, zumal in der Praxis mehr Gemeindearbeiter und über einen längeren Zeitraum, z.B. auch am Feiertag mit entsprechendem Überstundenfaktor, eingesetzt wurden als ursprünglich mit dem Veranstalter vereinbart. Insgesamt werde sie die „Fremdarbeiten“ der Gemeindearbeiter mehr unter die Lupe nehmen, wie z.B. bei Veranstaltungen, die mit der Gemeinde nicht im Kern zu tun haben, jedoch in der Überstundenbilanz vehement zu Buche schlagen.

MGR Johann Georg Geisler erklärt, dass es schon viele Helfer aus dem Schützenwesen gab und er weist darauf hin, dass ein Teil von Überstunden steuerbegünstigt ausbezahlt werden kann.

GV Moigg vermisst – wie wiederholt, zuletzt in der Gemeindevorstandssitzung am 26. Juni bemerkt, eine langfristige Personalplanung. MGR Susanne Kröll stellt die Anfrage, ob nicht die Abteilungsleiter, wie z.B. der Bautruppleiter eine Kontrollliste für Überstunden führt, um dann organisatorische Maßnahmen zu setzen.

Zum Abschluss dieses Themas – und zugleich dieses Protokolls – verweist die Bürgermeisterin auf die vor kurzem stattgefundene Bürgermeisterkonferenz, in welcher auch die gesetzliche Verfallsregelung von Urlaubsguthaben besprochen wurde und die sie auch durchsetzen möchte.

Ansonsten erfolgen keine Wortmeldungen mehr und es wird dieses Protokoll einstimmig genehmigt.

6) Erlassung eines Bebauungsplanes im Bereich Dornau; gem. Entwurf vom 26. Juni 2018, GZ. 2018-03

Ausschussobmann MGR Franz-Josef Eberharter trägt das gegenständliche Protokoll vor und verweist eingangs auf die ausführliche Befassung in zwei Ausschusssitzungen.

Anhand des Bebauungsplanes DI Walder für die betroffenen Grundstücke fasst Obmann Eberharter kurz zusammen, dass Familie Lisa Schmidt das Bauvorhaben eines Privathauses beabsichtigt und der Bebauungsplan die vom Ausschuss festgelegte Baugrenzlinie, Straßenfluchtlinie und Baumassendichte ebenso berücksichtigt wie die Vorschriften des Wasserbauamtes über die Freihalteflächen für allfällige Überschwemmungen.

Auf Anfrage des Obmannes gibt es keine Wortmeldungen mehr.

Einstimmiger Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den von DI Walder ausgearbeiteten Bebauungsplanentwurf zu Geschäftszahl: 2018-03 gemäß § 66 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz (TROG) 2016 über den Zeitraum von vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsicht aufzulegen.

Gleichzeitig wird gemäß § 66 Abs. 2 TROG 2016 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Neuerlassung des Bebauungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur dann rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme von einer hiezu berechtigten Person oder Stelle zum Entwurf abgegeben wird.

7) Neuerlassung eines Bebauungsplanes im Bereich - Brandbergstraße, Simon Kröll Entwurf vom 02.07.2018

Eingangs berichtet Obmann MGR Eberharter vom relativ langen Vorlauf in Form seiner Gespräche, gemeinsam mit dem Obmann-Stellvertreter, mit Familie Simon Kröll, worin letztlich eine Einigung mit vorliegendem Bebauungsplanentwurf DI Ebenbichler gefunden werden konnte.

Anhand eines Planes berichtet der Obmann von der geplanten Gebäudeaufstockung im hinteren Bereich mit Satteldachlösung und ohne optische Auswirkungen aus Sicht der Brandbergstraße.

Der Ausschuss legte Wert auf die Tatsache, durch den Erweiterungsbau keine Nachbareinschränkung zu bewirken und hat auch in diesem Zuge im Bebauungsplan die Entwicklung des weiteren Straßenzuges bis zum „Forsthaus“ berücksichtigt.

Auf Anfrage des Obmannes gibt es keine Wortmeldungen mehr und es wird bei Stimmenthaltung GV Bair wie folgt **beschlossen**:

Der Gemeinderat beschließt, den von DI Ebenbichler ausgearbeiteten Bebauungsplanentwurf vom 2.7.2018 gemäß § 66 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz (TROG) 2016 über den Zeitraum von vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsicht aufzulegen.

Gleichzeitig wird gemäß § 66 Abs. 2 TROG 2016 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Neuerlassung des Bebauungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur dann rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle zum Entwurf abgegeben wird.

Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes begründet GV Bair seine Stimmenthaltung damit, zu diesem Tagesordnungspunkt nicht die entscheidungsrelevanten Dokumente erhalten zu haben.

8) Verkehrsregelnde Maßnahmen Ahornstraße - Bereich Ladezone Perauer

Die Bürgermeisterin verliest einen Beschlussvorschlag von Gemeindepolizisten Rene Wallenta, die Ladezone die verkehrsregelnde Maßnahme im Bereich Ahornstraße 854 derart zu gestalten, dass ab 18 Uhr das Parken gratis sein kann.

Die neue Verordnung würde daher lauten:

Halte- und Parkverbot im Zeitraum 8 bis 18 Uhr, ausgenommen Ladezone im Ausmaß von 20 Metern Breite.

Hiezu erfolgen keine Wortmeldungen mehr und der Gemeinderat stimmt der diesbezüglichen Verordnung mit **einstimmigem Beschluss** zu.

Bei dieser Gelegenheit ersucht die Bürgermeisterin den Verkehrsausschuss, zeitgerecht vor der kommenden Wintersaison die **Regelung Taxistandplätze Ahornstraße** vorzunehmen, nachdem es im vergangenen Winter bekanntlich zu Konflikten innerhalb der Taxifahrer über verfügbare Plätze gekommen ist.

9) Beratung / Beschlussfassung über die Anhebung der Bearbeitungsgebühr Gemeindepolizei bei privatwirtschaftlich betriebenen Parkplätzen der Gemeinde

Auch dieser Tagesordnungspunkt ist auf Vorschlag der Gemeindepolizei erstellt worden, zumal die bisherige Bearbeitungsgebühr von € 14,-- schon seit sehr vielen Jahren nicht erhöht worden ist.

Auf Ersuchen der Bürgermeisterin erklärt Amtsleiter Stöckl kurz den Unterschied zwischen den Parkplätzen mit bis zu 3 Stunden maximaler Parkdauer und dem Ablauf eines Verwaltungsstrafverfahren bei Nichtbezahlung der Parkgebühr und den Möglichkeiten der Gemeinde als Eigentümerin eines Parkplatzes bei sogenannten „privatwirtschaftlich betriebenen Parkplätzen“.

In der anschließenden, kurzen **Beratung** erklärt die Bürgermeisterin, diese Bearbeitungsgebühr auf Vorschlag der Gemeindepolizei künftig auf € 20,-- anzuheben.

GV Moigg erinnert an die bisherige Vorgangsweise, derartige Beschlüsse vorher im Gemeindevorstand besprochen zu haben, wo hingegen jetzt offensichtlich eine andere Vorgangsweise herrscht.

Sodann ergeht bei 2 Stimmenthaltungen der **Beschluss**, die Bearbeitungsgebühr der Gemeindepolizei bei privatwirtschaftlich betriebenen Parkplätzen auf € 20,- zu erhöhen.

10) Formelle Beschlussfassung über Einhebung Parkentgelt für den zentralen Busparkplatz beim Altenheim / Sozialzentrum

Dieses Thema war bereits Gegenstand der Gemeinderatssitzung vom 13. Juni 2018, Tagesordnungspunkt 9 im Zuge der Genehmigung des Verkehrsausschussprotokolls vom 24. Mai 2018.

Aus formalrechtlichen Gründen wurde für die heutige Sitzung ein eigener Tagesordnungspunkt gesetzt und die Bürgermeisterin stellt jetzt die Anfrage, ob es bei der Überlegung bleiben soll, den Tagestarif mit € 35,-- festzusetzen.

Der Amtsleiter ersucht auch um Festlegung, ob der auf diesem Platz täglich parkende Bus der Firma Ledermaier, der die Abendschichtarbeiter der Firma Swarovski nach Wattens bringt, nicht kulanter Weise im Sinne der betroffenen Dienstnehmer von dieser Gebühr ausgenommen werden kann, worauf der Gemeinderat entschließt, die Gebührenpflicht ab 18 Uhr zu beenden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr ergehen, **beschließt** der Gemeinderat einstimmig, die Gebührenpflicht für diesen Busparkplatz mit € 4,-- je Stunde bei einem Höchst-Tagestarif von € 35,-- festzulegen.

Diese Gebührenpflicht gilt täglich im Zeitraum von 6.00 bis 18.00 Uhr.

11) Dienstbarkeitsvertrag Gemeinde mit Fa. Josef Moigg Invest GmbH wegen Durchgangsrecht Hauptstraße - Sozialzentrum und Tiefgaragenmitbenützung

Die Bürgermeisterin erklärt, dass ihr der baldige Abschluss dieses Vertrages ein Anliegen sei, jedoch heute wegen noch vorzunehmender Vertragsabänderungen, wie z.B. eine aktuelle Planurkunde DI Ebenbichler bzw. die im E-Mail des Amtseleiters an alle Gemeinderäte am 9. Juli 2018 enthaltenen Details, noch nicht unterschriftsreif sei.

Auf Befragen nach allfälligen Änderungswünschen legt GV Bair Wert auf die Feststellung, dass mit dem neuen Vertrag die „alte Vereinbarung aus 1994“ gänzlich ersetzt werden soll.

Sodann erteilt der Gemeinderat auf Antrag der Bürgermeisterin mit einstimmigem **Beschluss** dem Gemeindevorstand die Ermächtigung, dieses Vertragswerk in der Sitzung am 30. August 2018 mit den entsprechenden Änderungen abzuschließen.

12) Dienstbarkeitsvertrag Gemeinde mit Zillerregulierungsgenossenschaft in Sache öffentliche Straßenbenützung Zillerlände

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt erwähnt die Bürgermeisterin den gleichen Sachverhalt wie zu Tagesordnungspunkt 11, wobei sich der Vizebürgermeister danach erkundigt, weshalb die Stellungnahme von Rechtsanwalt Wallnöfer als Gemeindevertreter nicht übermittelt wurde, wobei die Bürgermeisterin die Zusage gibt, diese Stellungnahme zu übermitteln.

MGR Hansjörg Geisler erkundigt sich nach der Laufzeit des geplanten Vertragswerkes, worauf der Amtsleiter auf die Seite 6 des Vertragsentwurfes und die Vertragsdauer „31.12.2072“ verweist.

Sodann ergeht auch hier der **Beschluss**, den Gemeindevorstand zur Endformulierung und zum Vertragsabschluss zu ermächtigen.

13) Berichte Bürgermeisterin, Anträge, Anfragen, Allfälliges (§ 35 Abs. 4 TGO)

Die Bürgermeisterin verliest die **Dankschreiben** zum guten Gelingen **Schützen-Alpenregionstreffen** von Landeshauptmann Günther Plattner sowie Staatssekretärin Mag. Karoline Edtstadler.

Sodann bringt die Vorsitzende zur Kenntnis einen **Vorschlag des Manfred Mannlicher** wegen Erhöhung der Baumassendichte für sein Grundstück Gst. 801/5 im Zuge der Regelung Grenzmauer zum Altersheim und ersucht den Raumordnungsausschuss um weitere Behandlung.

Der Antrag der **GemNova für Sprachkurse** wegen einer dauerhaften Räumlichkeit in der Gemeinde findet heute noch keinen Lösungsansatz.

Der **Antrag Steinschafzuchtverein** um Unterstützung der Gebietsausstellung in Tux am 22.9.2018 wird einstimmig abgelehnt.

Der Antrag der **Sennerei Zillertal um Anbringung eines Transparentes** an der Hauptstraße für das „Ursprungbuamfest“ vom 19. bis 22. Juli 2018 wird mehrheitlich mit der Begründung abgelehnt, es herrsche Kollision mit Transparenten örtlicher Vereine für deren Waldfeste und es handle es sich zudem um einen auswärtigen Veranstalter, wenngleich dieser die Musikveranstaltung in den Sennerei-Räumlichkeiten abhält.

Im Rahmen der Agenden des Partnerschaftsringes werden Teilnehmer aus dem Gemeinderat zur Vorbereitung am **„Jugend-Meeting“ mit Termin 2. bis 4 August 2018 in Chur** gesucht. EMGR Petra Volgger übernimmt von der Bürgermeisterin gleich heute die betreffenden Unterlagen und wird mit MGR Tina Kröll über eine eventuelle Teilnahme sprechen.

Sodann informiert die Bürgermeisterin noch über das Bestanbot der RAIKA nach Ausschreibung der **Veranlagung Festgeld** für 12 Monate und bringt noch das **Schreiben Taxi Freund** zur Kenntnis, die Dienstleistungen im Zuge des Partnerschaftstreffens gratis durchgeführt zu haben und sie dankt auf diesem Wege für das großzügige Entgegenkommen.

Auf Anfrage der Bürgermeisterin nach weiteren Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt „Allfälliges“ erkundigt sich GV Hans Jörg Moigg, ob es einen Beschluss gibt für den 30%-Nachlass bei **Heimatstimmen-Inseraten** in letzter Zeit. Daraufhin erklärt die Bürgermeisterin, diese Sonderkondition habe sie auf zwei Wochen befristet und dies zur Belegung der Inseratentätigkeit selbst entschieden.

Der Vizebürgermeister beantwortet diese Äußerung der Bürgermeisterin damit, dass ihr die Entscheidung über derartige Nachlässe nicht im eigenen Wirkungsbereich zustehen und sie das nicht tun dürfe, jedenfalls werde er sich mit diesem

Vorgehen nicht abfinden, weil Derartiges immer noch in der Zuständigkeit des Gemeindevorstandes liegt.

Sodann entsteht über weitere Wortmeldung von GV Hansjörg Moigg eine kurze Diskussion über das äußere Erscheinungsbild bzw. Design der neuen **Recyclinghof-Zugangskarte** sowie die Tatsache, dass über die Eröffnung neuer Gemeindecyclinghof zwar in der „Zillertaler Zeitung“, jedoch nicht in der „Heimatstimme“ berichtet wurde.

MGR Hansjörg Geisler erkundigt sich nach dem weiteren Zeitplan **Fertigstellung Tuxer Straße** und reklamiert die extreme Staubbelastung der angrenzenden Wohnbereiche während der bisherigen Bautätigkeit. Zudem schlägt er vor, für die Restarbeiten ab Herbst vorübergehend die Rauchenwaldgasse und den Waldfeldweg als Ersatzrouten anzubieten.

Vizebürgermeister und Bauausschussobmann erklärt daraufhin, dieses Thema in der kommenden Bauausschusssitzung am 26. Juli behandeln zu wollen, wobei auch schon bisher die Ausschreibungsbedingung an die bauausführende Firma war, eine Fahrspur in jeder Bauphase verfügbar zu halten.

Auch die Vorschläge der Verwendung eines Sprühbalkens im Sinne der Wortmeldung MGR-EM Gröblacher oder eines „Surpanzens mit Balken“ im Sinne der Wortmeldung MGR Johann Georg Geisler kann in der kommenden Bauausschusssitzung beraten werden.

GV Moigg erinnert in diesem Zusammenhang an eine Vereinbarung des früheren Gemeinderates mit den Firmen TIWAG und TIGAS, nach erfolgten Asphaltierungsarbeiten an der Hauptstraße, **7 Jahre keine Grabungstätigkeiten** mehr vorzunehmen und schlägt diese Regelung auch nach Beendigung der Tuxerstraßenrenovierung vor, die nach Fertigstellung auch keine Mittelmarkierung mehr erhält, so die Bürgermeisterin auf Anfrage von MGR Höllwarth.

Sodann leitet MGR Johann Georg Geisler seine Anfrage betreffend **Parkplatzsituation Boutiquehotel Huber** damit ein, die Bürgermeisterin habe in der vergangenen Gemeinderatsperiode mit ihren wiederholten Anfragen als Gemeinderätin in Sache Boutiquehotel einen „Riesenwirbel“ produziert, wohingegen es jetzt offensichtlich ruhig geworden ist und ein weiterer Bau genehmigt wurde und MGR Geisler die Frage stellt, ob es hierfür eine Tiefgarage gibt, zumal jetzt offensichtlich Frei-Abstellplätze verloren gehen.

Die Bürgermeisterin beantwortet die erste Frage von MGR Geisler nach dem weiteren Vorgehen in Sache „Schwarzbauteile des Hotels“ mit dem anhängigen Ver-

fahren bei der Bezirkshauptmannschaft und die zweite Frage nach den Parkplätzen zum Neubau, dass der Parkplatznachweis im Zuge des Bauverfahrens geprüft wurde und genügend Parkplätze vorhanden sind.

Die genaue Anzahl werde sie in der nächsten Sitzung nach vorheriger Rücksprache mit dem Bauamtsleiter nennen können.

Bei dieser Gelegenheit bezweifelt MGR-EM Christian Thanner, ob die **Bewerbung der Zentralen Tiefgarage** nicht etwas intensiver erfolgen könnte, worauf MGR Valentin auf Anfrage von MGR Hansjörg Geisler nach dem Stand der Werbemaßnahmen erklärt, er habe sich dieses Themas im Auftrag des Gemeinderats schon angenommen, stoße jedoch auf behördlich vorgegebene Grenzen wie zum Beispiel die Nichtgenehmigung von Schildern an der B 169 oder das Erfordernis der Beleuchtung von Werbetafeln im Tiefgarageninneren. Daraufhin wird allgemein noch einmal der Gedanke favorisiert, anstatt einer weiteren „Aufforstung des Schilderwaldes“ eine Lösung über aussagekräftige **Bodenmarkierungen** zu finden, insbesondere auch im Garageninneren als Wegweiser für Tiefgaragenbenutzer zum Ortszentrum bzw. zur Penkenbahn.

MGR Johann Georg Geisler weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass für ein **Dienstfahrzeug der Bundespolizei** ein günstigerer als der nunmehrige Standort gefunden werden sollte, worauf die Bürgermeisterin erklärt, diese Situation mit dem Polizeiinspektionskommandanten zu besichtigen.

Ende Öffentlicher Teil: 20.57 Uhr

Hinweis:

Das Gemeinderatsprotokoll vom 11.07.2018 wurde in der Gemeinderatssitzung am 12.09.2018 ohne Änderungen genehmigt!